

31.07.2009



## Nationale Friedens-Jirga Afghanistans

### Gemeinsame Erklärung der Nationalen Friedens-Jirga Afghanistans und der Kooperation für den Frieden (Deutschland)

### Vorschlag für einen Waffenstillstand in der Provinz Kundus

Am 27. Juli wurde in der afghanischen Provinz Badghis ein Waffenstillstand zwischen der Regierung Afghanistans und den aufständischen Taliban geschlossen. Damit wurde ein erster, kleiner Schritt unternommen, die Waffen in Afghanistan schweigen zu lassen und Gespräche aufzunehmen, die in Verhandlungen münden können. Auch wenn dieser Waffenstillstand schlecht vorbereitet war und gebrochen wurde, müssen diesem ersten Schritt jetzt rasche weitere Schritte folgen, um ernsthafte Friedensverhandlungen zu erreichen. Eine militärische „Lösung“ des Afghanistan-Konfliktes ist nicht möglich, wie auch führende US-Politiker und –Militärs inzwischen einräumen; deshalb sollte es nun zu einem schnellen Verhandlungsbeginn kommen.

In dieser Situation schlagen die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die deutsche Kooperation für den Frieden gemeinsam vor, einen Waffenstillstand für weitere Provinzen anzustreben. Die Nationale Friedens-Jirga aus Stammesvertretern, religiösen Würdenträgern, Intellektuellen und Politikern repräsentiert die breite, kriegsmüde Bevölkerungsmehrheit vor allem aus dem Süden und Osten Afghanistans. Die Kooperation für den Frieden ist der Zusammenschluss von 50 Friedensorganisationen und -initiativen in Deutschland.

Aus unserer Sicht kommt aktuell für eine regionale Waffenstillstandsvereinbarung der Provinz Kundus eine wichtige Rolle zu, wo sich die Bundeswehr zurzeit im Kriegseinsatz gegen aufständische Taliban befindet. Ein Waffenstillstand würde hier unmittelbar Leben retten – das Leben von afghanischen und deutschen Soldaten, von Aufständischen sowie von unbeteiligten afghanischen Zivilisten – und er wäre zugleich ein wichtiges Signal für ein ernsthaftes Bemühen, den seit acht Jahren mit militärischen Mitteln ausgetragenen Konflikt auf dem zivilen Wege von Verhandlungen beizulegen.

Die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die deutsche Kooperation für den Frieden bringen dabei gerne ihre Erfahrungen im Bemühen um eine Waffenstillstandsvereinbarung für die Provinz Kundus ein. Bereits vor Monaten sondierten wir die Möglichkeiten für eine solche Waffenstillstandsvereinbarung. Dabei stieß die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans bei ihren Gesprächen mit Kommandeuren der Aufständischen in der Provinz Kundus auf positive Resonanz. Die Bemühungen der Kooperation für den Frieden wurden von der Bundesregierung bisher leider mit Skepsis aufgenommen.

Die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans genießt in Afghanistan hohe Anerkennung von allen Konfliktparteien. Der UNO-Repräsentant in Afghanistan, Kai Eide, hielt am



## Kooperation für den Frieden

Mitwirkende:

Aachener Friedenspreis e.V.  
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)  
Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden  
Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung e.V.  
Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion KURVE Wustrow  
Bremer Aktion für Kinder (BAKI)  
Bund demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi)  
Bund für Soziale Verteidigung (BSV)  
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)  
Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW)  
Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)  
EUCOMmunity  
Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung von Kriegsdienstverweigerern (EAK)  
Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland – Friedensausschüsse  
Frauen in Schwarz Hamburg  
Frauen in Schwarz Köln  
Frauennetzwerk für Frieden e.V.  
Friedensbündnis Hannover  
Friedensforum Münster  
Friedensgruppe Altenholz  
Friedensinitiative Nottuln e.V.  
Friedensrat Müllheim  
Friedenszentrum Braunschweig e.V.  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Hauptvorstand  
Infostelle für Friedensarbeit, Meckenheim  
IALANA (International Association of Lawyers against Nuclear Arms)  
IFIAS (Institute for International Assistance and Solidarity)  
IPPNW, Deutsche Sektion der internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung  
Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit  
Internationaler Versöhnungsbund – deutscher Zweig  
Komitee für Grundrechte und Demokratie  
Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung in der Region Ingolstadt  
Lebenshaus Schwäbische Alb  
Leserinitiative Publik e.V.  
Menschen für den Frieden, Anti-Kriegsbündnis Düsseldorf  
Mönchengladbacher Friedensforum  
NaturwissenschaftlerInnen-Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“  
Netzwerk Friedenskooperative  
Netzwerk Friedenssteuer  
Ökumenisches Friedensnetz  
Düsseldorfer Christinnen und Christen  
Ökumenisches Zentrum für Umwelt-, Friedens- und Eine-Welt-Arbeit, Berlin  
Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF)  
pax christi – Deutsche Sektion  
Rhöner Friedenswerkstatt im UNESCO Biosphärenreservat, Künzell  
Sichelschmiede, Werkstatt für Friedensarbeit in der Kyritz-Ruppiner Heide  
Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden  
Würselener Initiative für den Frieden

18. Juni eine bemerkenswerte Rede in Kabul vor den 1000 Delegierten der Nationalen Friedens-Jirga. Dabei unterstützte Eide die Dialogbemühungen dieser Friedensbewegung und betonte die Notwendigkeit eines Verhandlungsprozesses mit allen Konfliktparteien, also einschließlich der Taliban. Sein Motto: „Frieden kann nicht von außerhalb kommen, er muss innerhalb des Landes geschaffen werden“ sollte von allen Seiten als Leitgedanke akzeptiert werden.

Die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans ist bereit, die Gespräche mit Kommandeuren der Aufständischen in der Provinz Kundus jederzeit wieder aufzunehmen. Da von den Aufständischen die Bereitschaft zum Waffenstillstand abhängig gemacht wird von der Bereitschaft der Bundesregierung an Gesprächen darüber teilzunehmen, sollte die Bundesregierung ein entsprechendes Signal geben, damit die Waffen zum Schweigen gebracht werden.

Die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans wird in dem Prozess des notwendigen innerafghanischen Dialogs keine Einmischung von außen akzeptieren – von wem auch immer.

Die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die deutsche Kooperation für den Frieden bekräftigen ihre Gemeinsame Erklärung vom 4. September 2008, in der es heißt: „Oberstes Prinzip unseres Herangehens ist dabei der Respekt vor dem Selbstbestimmungsrecht der Völker.“

Die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die Kooperation für den Frieden fordern daher die Bundesregierung auf

1. sich ernsthaft um einen Waffenstillstand in der Provinz Kundus zu bemühen, um diesen dann auf weitere Provinzen zu übertragen.
2. darüber hinaus keine weiteren Kampfhandlungen auf dem Territorium Afghanistans durchzuführen und die Einsätze der Tornado-Staffeln abzuberechnen. Die Zahl der in Afghanistan stationierten Bundeswehrosoldaten darf nicht erhöht werden, sondern es muss in absehbarer Zeit eine konkrete Planung mit festen Daten für einen raschen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan vorgelegt werden.
3. durch eigene Schritte, eventuell gemeinsam mit anderen europäischen Regierungen, islamischen und blockfreien Ländern, in Gesprächen mit den unterschiedlichen Gruppierungen der afghanischen Opposition einschließlich der Taliban und mit der afghanischen Regierung eine neue Tür für Verhandlungen öffnen und einen Verhandlungsprozess nach Kräften zu fördern.

Allen an einem Waffenstillstand beteiligten Seiten muss bewusst sein, dass ein solcher Waffenstillstand kein Selbstzweck sein kann. Er wird nur dann von allen Seiten als sinnvoll angesehen und halten, wenn er erkennbar dazu beiträgt, Verhandlungen mit dem Ziel einer Friedenslösung in und für Afghanistan zu ermöglichen und zu befördern.